



Rund um den 9. November: Antisemitische Vorfälle in Berlin und bundesweit

18. November 2018

Auch 2018, als sich die Novemberpogrome von 1938 zum 80. Mal jährten, kam es rund um den Gedenktag am 9. November zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen: Hierzu zählten insbesondere rechtsextreme Störaktion von Gedenkfeiern, gezielte Sachbeschädigungen von Erinnerungsorten und Gedenkzeichen für Opfer der Schoa und rechtsextreme Versammlungen. Fast alle antisemitischen Vorfälle sind dem Post-Schoa Antisemitismus zuzuordnen. Das Gedenken an die antisemitischen Pogrome scheint somit nach wie vor einen großen mobilisierenden Faktor für die rechtsextreme Szene darzustellen.

Insgesamt liegt die Zahl der antisemitischen Vorfälle mit Bezug zum 9. November mit 36 deutlich über dem Niveau von 2017 (26). Die Zahlen umfassen jeweils antisemitische Vorfälle, die zwischen dem 30. Oktober und dem 15. November geschahen und einen direkten oder indirekten Bezug zum Gedenktag bzw. zur Erinnerung an die Schoa haben. Während es 2018 in einem ähnlichen Maße zu Störungen von Gedenkveranstaltungen und gezielten Sachbeschädigungen von Erinnerungsorten und Gedenkzeichen kam und zudem das Spektrum des antiisraelischen Aktivismus unvermindert aktiv ist, muss eine deutliche Zunahme von antisemitischen Versammlungen aus dem rechtsextremen Spektrum konstatiert werden.

RIAS Berlin wurden rund um den 9. November neun antisemitische Vorfälle **in Berlin** bekannt. Dabei handelt es sich um drei gezielte Sachbeschädigungen und um sechs Fälle verletzenden Verhaltens, darunter drei antisemitische Versammlungen.

In sechs Vorfällen wurden Stereotype des Post-Schoa Antisemitismus verwendet, in jeweils zwei solche des israelbezogenen und des modernen Antisemitismus. Bei letzterem handelt es sich z.B. um antisemitische Verschwörungsmuthe.

Fünf Mal konnte ein politischer Hintergrund eindeutig zugeordnet werden: Je ein Vorfall ist dem Spektrum des linken Antiimperialismus, des Rechtspopulismus, des israelfeindlichen Aktivismus, des Rechtsextremismus und von verschwörungsideologischen Milieus zuzurechnen. Bei den vier Fällen, die nach RIAS-Kennntnis nicht eindeutig einem politischen Spektrum zuzuordnen sind, handelt es sich um gezielte Sachbeschädigungen von Gedenkzeichen – so etwa, wenn keine Symboliken verwendet wurden.

Bundesweit hat RIAS rund um den 9. November 27 weitere antisemitische Vorfälle erfasst, die einen Bezug auf den Jahrestag der Novemberpogrome 1938 aufweisen. Dabei handelt es sich um einen Angriff, eine Bedrohung, elf gezielte Sachbeschädigungen und 13 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter sechs antisemitische Versammlungen, sowie eine antisemitische Massenzuschrift.

In 26 Vorfällen wurden Stereotype des Post-Schoa Antisemitismus verwendet, in drei Fällen Stereotype mit Israelbezug und solche, die dem modernen Antisemitismus zuzuordnen sind, in zwei Fällen.

Sind bundesweit neun Vorfälle eindeutig dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen, zwei dem rechtspopulistischen und je eines dem links-antiimperialistischen Milieu und dem Milieu eines israelfeindlichen Aktivismus, handelt es sich bei den 14 Vorfällen, die nach RIAS-Kennntnis keinem

eindeutigen Spektrum zugeordnet werden können, unter anderem um sieben gezielten Sachbeschädigungen von Gedenkzeichen ohne die Verwendung einer spezifischen Symbolik sowie um drei Hakenkreuz-Schmierereien.

Sowohl in Berlin als auch in anderen Bundesländern kam es immer wieder zu **Störungen von Gedenkfeiern** für die Opfer der Novemberpogrome 1938. So trug Andreas Wild, fraktionsloser Abgeordnete der AfD, bei der Gedenkveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus sowie später bei einem Gedenkmarsch zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ eine blaue Kornblume – historisches Symbol der antisemitischen und deutsch-nationalen „Schönerer-Bewegung“. Zu massiven Störungen einer Gedenkveranstaltung kam es in Dortmund-Dorstfeld: Eine Gruppe von Rechtsextremen trank in Sichtweite der Gedenkveranstaltung provokativ Alkohol und trug Partyhütchen. Bei Beginn der Veranstaltung ging ein Alarmgeber an, Böller explodierten. Insgesamt sind RIAS fünf Störungen von Gedenkveranstaltungen bekannt. Hiervon sind drei aus dem rechtsextremen Spektrum, während zwei Fälle nicht eindeutig zugeordnet werden können.

Insgesamt wurden im Zeitraum vom 9. bis 12. November RIAS neun **antisemitische Versammlungen** bekannt, darunter drei in Berlin. Hierbei handelte es sich um jeweils eine Versammlung aus dem verschwörungsmithologischen Spektrum, aus dem Milieu des israelfeindlichen Aktivismus sowie eine links-antiimperialistische Veranstaltung. Bundesweit dominierten jedoch Versammlungen aus dem rechtsextremen und rechtspopulistischen Spektrum: So gab es allein vier Versammlungen, bei denen die Freilassung der verurteilten und inhaftierten Schoa Leugnerin Ursula Haverbeck gefordert und beispielsweise ihr Geburtstag feierlich begangen wurde.

RIAS wurden zudem fünf weitere **rechtsextreme Versammlungen** bekannt, die zumindest implizit durch die Durchführung am 9. oder 10. November einen Bezug zum Jahrestag der Novemberpogrome nahelegen. Außer der Demonstration des Bündnisses „Wir für Deutschland“ in Berlin fanden diese alle in Mecklenburg-Vorpommern statt. So zogen am 10. November ca. 35 Neonazis in einem Fackelzug durch Güstrow, unter anderen am ehemaligen Standort der Synagoge vorbei, die in den Morgenstunden des 10. November 1938 von Nazis abgebrannt worden war. In Redebeiträgen wurde vor „Umvolkungsstrategien“ gewarnt, wenn auch nicht expliziert wurde, von wem diese ausgingen.

Die folgenden antisemitischen Vorfälle wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) entweder direkt gemeldet oder sind ihr im Zuge eines Presse-Monitorings bekannt geworden.

Antisemitische Vorfälle in Berlin

Bereits am 30.10. wurden in Friedrichshain-Kreuzberg mehrere Plakate, die mit der Aufschrift „Gedenken heißt Handeln. 80 Jahre Reichspogromnacht. Naziaufmarsch verhindern.“ mit der Aufschrift „Soros-Nutten“ und „Soros Huren“ beschmiert. Der Schoa-Überlebende und Philanthrop George Soros ist Projektionsfläche zahlreicher antisemitischer Verschwörungsmithen.

Am 6. November wurde der Stolperstein für Kiwe Wild in Mitte (Wedding) mit zwei SS-Runen beschmiert.

Ein Videoblogger filmte sich am 7. November dabei, wie er in Mitte (Moabit) auf ein Plakat, das anlässlich des 100. Jahrestags der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland fragte: „Und wofür

streitest Du?“ Bilder der Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck klebte und eine rechtsextreme Demonstration in Bielefeld bewarb. Das Video wurde auf YouTube hochgeladen.

Der AfD-Politiker Andreas Wild trug bei der Gedenkveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus und beim anschließenden Gedenkmarsch zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ am 08. November eine blaue Kornblume – Symbol der von Georg von Schönerer 1891 gegründeten „Alldeutschen Vereinigung“. Die blaue Kornblume diente ab zwischen 1933 - 1938 als Erkennungszeichen für Anhänger_innen der in Österreich verbotenen NSDAP. Nachdem Wild daran gehindert wurde, am Denkmal Namen ermordeter Jüdinnen_Juden vorzulesen, kommentierte er dies auf Twitter mit „Kauft nicht bei Juden 2.0“ und relativierte damit die Schoa.

Am 9. November wurde am Potsdamer Platz im Rahmen eines internationalen Aktionstags unter dem Motto „Eine Welt ohne Mauern“ Israel aus dem Umfeld von BDS Berlin („Boycott, Desinvestition, Sanktionen“) als „Apartheid“ dämonisiert.

Ebenfalls am 9. November wurde auf einer Veranstaltung des verschwörungsideologischen Spektrums direkt vor dem Reichstagsgebäude in einem Redebeitrag gefragt, warum Anetta Kahane Regierungssprecherin sei. Die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung ist Projektionsfläche zahlreicher antisemitischer Verschwörungsmymen.

Die Stolpersteine für Richard und Alfred Tworoger in Mitte wurden am 10. November mit SS-Runen beschmiert.

Auf die Stolpersteine für Emil Bab, Hans Richard Stern und Ingeborg Krause wurde in der Nacht zum 10. November Wachs aus Kerzen gekippt, die zuvor zum Gedenken neben die Steine gestellt worden waren. Der danebenliegende Stolperstein für Johanna Brüning wurde beim Versuch, ihn anzuzünden, beschädigt.

Im Rahmen der Versammlung „No Administrationshaft“ der Demokratischen Komitees Palästina Berlin am 10. November in Neukölln wurde Israels Existenzrecht bestritten, indem gerufen wurde: „From the River to the Sea, Palestine will be free.“ Israel wurde zudem als Kolonisator dämonisiert.

Antisemitische Vorfälle bundesweit

Am 5. November wurde in Eberswalde (Brandenburg) auf einen Anbau des Denkmals der ehemaligen Synagoge mit roter Farbe ein 6 Meter breiter Schriftzug geschmiert.

Ebenfalls am 5. November sprach auf einer Veranstaltung des „Bürgerbündnisses Havelland“ in Rathenow ein Redner von einem „Schleier des Schuldkultes“. Zudem berief er sich positiv auf die neonazistische Kampagne für die Freilassung der inhaftierten Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck.

In Versmold (Nordrhein-Westfalen) wurden am 6. November Flugblätter, welche die „Freiheit für Ursula Haverbeck“ forderten, in Briefkästen von Privathaushalten eingeworfen.

Am Abend des gleichen Tages störten in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) Neonazis einen Vortrag mit dem Titel „Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart“. Die Neonazis kündigten an, in 1,5 Jahren in Dortmund andere Seiten aufzuziehen, man rate Bürgern, entweder wegzuziehen oder sich zu benehmen. Während der Störung wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Der Staat Israel ist unser

Unglück“ gezeigt, welches sich auf den historischen Ausspruch Heinrich von Treischkes „Die Juden sind unser Unglück“, der später auch als Schlagwort der NS-Hetzschrift „Der Stürmer“ fungierte, bezieht.

Am 7. November entdeckte die Polizei in Sondershausen (Thüringen) an einem Grabstein auf dem jüdischen Friedhof ein eingeritztes Hakenkreuz.

Während einer Gedenkveranstaltung in Dortmund-Dorstfeld (Nordrhein-Westfalen) am 8. November störten Neonazis das Gedenken durch demonstratives Feiern, beispielsweise durch das Tragen von Partyhütchen und das Trinken von Alkohol in unmittelbarer Nähe zum Veranstaltungsort. Als die Gedenkveranstaltung begann, startete ein Alarmgeber und Böller wurden gezündet.

Am 9. November wurden in Chemnitz insgesamt 13 Stolpersteine an vier unterschiedlichen Orten beschädigt. Die Steine, die an David, Rosa und Hermann Moerder, Mendel und Minna Brantwein, Sigismund, Bajla Ides, Ingrid, Manfred Gerhard und Joachim Nachmann, Bernhard Stieglitz, Jette Tamler und Paul Fischer erinnerten, wurden mit einer Chemikalie, vermutlich Bitumen, irreparabel beschädigt.

Das Gedenken einer Schulklasse vor dem jüdischen Friedhof in Warburg (Nordrhein-Westfalen) wurde am 9. November durch demonstrative Motorengeräusche der Mofas mehrerer Jugendlicher gestört.

Am Abend des gleichen Tages wurde bei einer Veranstaltung von „Pro Chemnitz“ in einem Redebeitrag die Schoa relativiert. Ein Redner hatte behauptet, die Ermordung des deutschen Botschafters in Frankreich durch einen Juden habe die Leute so aufgestachelt, dass sie in Deutschland gegen die Juden vorgegangen seien. Die Lehre aus der Verfolgung der Juden müsste sein, die Waffengesetze zu lockern: „Wer dafür sorgt, als Staatsgewalt, dass Menschen wehrlos werden, indem man es ihnen verbietet, Waffen [zu] besitzen, der will sie auch weiter diskriminieren, der will sie auch deportieren und in Lager sperren.“

Ebenfalls am 9. November wurde in Frankfurt an der Oder (Brandenburg) eine Gedenkveranstaltung zu den Novemberpogromen durch einen betrunkenen Mann gestört. Dieser rief unter anderem, als er die Versammlung am Synagogengedenkstein passierte: „Scheiß auf die bösen Juden!“

In Plauen (Sachsen) ereignete sich am 9. November ein Angriff, als ein Mann, der Stolpersteine reinigte von einem jungen Paar zunächst mit „Rotfront verrecke Du Schwein“ beschimpft wurde. Im Folgenden wurde der Betroffene ins Gesicht gespuckt versucht, ihn anzugreifen. Der Betroffene konnte nur durch die Verwendung eines Pfeffersprays einen körperlichen Angriff abwenden.

Am 10. November wurde das Gedenkzeichen Stolperschwelle vor der TU Braunschweig (Niedersachsen) zum wiederholten Male mit roter Farbe beschmiert.

Auf einer Steintreppe des jüdischen Friedhofs in Boitzenburg (Mecklenburg-Vorpommern) wurde durch die Polizei ein geschmiertes Hakenkreuz entdeckt, welches vermutlich rund um den 10. November angebracht worden war.

Veranstaltungsplakate für eine Gedenkveranstaltung an die Novemberpogrome in Hagen (Nordrhein-Westfalen) wurden am 10. November abgerissen und in die Volme geworfen. Auch ein öffentliches Klavier, das für die Veranstaltung mit dem Titel „Das Klavier in der Volme“ aufgestellt wurde, wurde beschädigt.

Die rechtsextreme „Kameradschaft Güstrow“ veranstaltete am 10. November, dem 80. Jahrestag der Pogrome in der Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, unter dem Motto „Für die Zukunft unserer Kinder“ einen Fackelmarsch, an dem 35 Personen teilnahmen. In Reden wurde das antisemitische Stereotyp der „Umvolkung“ bedient, auch wenn die „Umvolkungsstrategen“ nicht explizit benannt wurden. Die Demonstration passierte den Standort der am 10. November 1938 zerstörten Synagoge.

Auf einer Kundgebung der „Palästinensischen Gemeinde in Koblenz und Umgebung e.V.“ am 10. November wurde Israel als „Apartheid“ und „Völkermörder“ dämonisiert. Auf Transparenten wurde eine Karte von Israel/Palästina gezeigt, auf der Israel nicht verzeichnet war.

In Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) fand am 10. November eine Demonstration für die Freilassung der verurteilten Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck statt – Anlass war ihr 90. Geburtstag am 8. November. An der Versammlung nahmen ca. 400 Personen teil. Auf einem Schild hieß es unter anderem: „Die Lüge ist uns ein Groll auch wenn dies Staatsräson sein soll.“ Ein Teilnehmer trug ein T-Shirt, auf dem das Eingangstor von Auschwitz-Birkenau zu sehen war sowie die Aufschrift: „Auschwitz – ich hätte da mal eine Frage“. Zudem wurden Luftballons mit der Aufschrift „Solidarität mit Ursula Haverbeck“ fliegen gelassen – angeblich 88 an der Zahl („88“ ist der Zahlencode für „Heil Hitler“). In einer Ansprache hieß es hierzu: „Als allererstes möchte ich das Gaskommando bitten, unablässlich weiterzuarbeiten, sich nicht aufhalten zu lassen. Lasst Gas in die Luftballons strömen!“ Ein Redner bezeichnete Erinnerungspädagogik als „eine seelische Vergewaltigung“ und „Völkermord“. In der letzten Rede hieß es zudem: „Die Juden haben Christus verworfen, haben ihn kreuzigen lassen, und haben sein Opfer für sich nicht in Anspruch genommen und brauchten einen anderen Mythos. Den haben sie geschaffen, und der findet auch seinen Niederschlag im Paragraph 130 Strafgesetzbuch.“ Im Zuge der Demonstration wurde unter anderem „Nie wieder Israel“ und „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ gerufen.

Auch in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) fand am 10. November eine rechtsextreme Demonstration mit 700 Teilnehmer_innen statt. Ähnlich wie in Bielefeld wurde auch hier die Freilassung Haverbecks gefordert. Die Schoa wurde zudem relativiert, indem in einer Rede von einem „Bombenholocaust in Magdeburg“, vom „deutsche[n] Holocaust, der im Zweiten Weltkrieg über unser Volk erbracht wurde“, gesprochen wurde. In einer anderen Rede wurden „Merkel und Konsorten“ als „Erfüllungsgehilfen von Soros und Rothschild“ bezeichnet.

In Pforzheim (Baden-Württemberg) wurden am Sonntag, den 11. November zwei Kränze der jüdischen Gemeinde und der Stadt Pforzheim zerstört aufgefunden. Sie waren zuvor in Erinnerung an die Novemberpogrome niedergelegt worden.

Auf einem Spielplatz in München (Bayern) wurden im Laufe des Wochenendes antisemitische und rassistische Schmierereien angebracht.

In Dresden (Sachsen) fand in der Nähe der PEGIDA-Demonstration am 12. November ein Infostand mit Merchandise-Artikeln für die Kampagne zur Freilassung der Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck statt.

Am 14. November wurden alle Bodenstrahler rings um das Mahnmal am Opernplatz in Hannover (Niedersachsen) zerstört. Das Mahnmal erinnert an die jüdischen Hannoveraner_innen, die von den Nazis verfolgt und ermordet wurden.

In Jever (Schleswig-Holstein) wurden alle 70 Rosen, die Schüler einer örtlichen Schule bei der Verlesung der Namen der ermordeten Jüdinnen_Juden Jevers am 9. November niedergelegt hatten, gestohlen.

Auch in Gütersloh (Nordrhein-Westfalen) wurden Kerzen, die am 9. November am Gedenkstein in der Daltropstraße aufgestellt worden waren, in den darauffolgenden Tagen zerstört und umgeworfen.

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die am 14. November im Brandenburger Landtag in Potsdam anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome stattfand, relativierte der AfD-Abgeordnete Steffen Königer die Schoa. Königer spielte auf die Verfolgung von Jüdinnen_Juden im Nationalsozialismus an, als er sagte: „Wir werden genauso ausgegrenzt, indem vor Restaurants Schilder stehen mit der Aufschrift ‚Für AfDler Zutritt verboten.‘ An was erinnert uns das? An welche Heuchelei erinnert uns das, die hier im Landtag stattfindet?“

Weitere rechtsextreme Versammlungen

Bei einer Reihe von rechtsextremen Versammlungen ist anzunehmen, dass sie aufgrund der Abwehr der Erinnerung an die Novemberpogrome 1938 bewusst auf das Wochenende rund um den 9. November gelegt wurden. In Berlin demonstrierte das Bündnis „Wir für Deutschland“ unter dem Motto „Trauermarsch für die Toten von Politik“ mit 120 Teilnehmer_innen. In Stralsund demonstrierten am Abend des 9. November etwa 100 Anhänger der Initiative „Vereint für Stralsund“ unter dem Motto „Heimatliebe ist kein Verbrechen“. Der Demonstrationzug passierte den ehemaligen Standort der Synagoge. Ebenfalls am 9. November veranstalteten Neonazis ein „Heldengedenken“ auf dem Neuen Friedhof in Rostock.